

informieren wollten, ein Thema, das damals in der DDR tabu war. Aber wir hatten das irgendwie geschickt gemacht, und diese Veranstaltung fand statt. Anschließend gab es natürlich mächtige Probleme. Uns wurde von den staatlichen Funktionären vorgeworfen, wir wollten der Partei Diskussionen aufzwingen. Gut, das ging noch mal glimpflich ab.

Die nächste Veranstaltung, die wir auch noch in dem Klubhaus machen konnten, war eine Informations – und Diskussionsveranstaltung zum Thema Arbeiterselbstverwaltung am Beispiel des jugoslawischen Modells. Wir hatten zu diesem Zwecke einen Vertreter der jugoslawischen Botschaft in der DDR eingeladen, einen Attaché. Wenige Tage vor dem Termin, an dem diese Veranstaltung stattfinden sollte, wurden die staatlichen Funktionäre doch offenbar stutzig und sagten: „Moment mal, diese Veranstaltung können wir nicht zulassen.“ Sie kamen und verlangten von uns, diese Veranstaltung abzusagen. Wir haben gesagt: „Das können wir nicht machen. Wir haben diesen Botschaftsattaché eingeladen, der hat zugesagt.“ Es hieß dann, wir sollten uns irgend etwas einfallen lassen, z. B.. daß der Klub baufällig sei oder so. Wir haben das jedenfalls nicht gemacht, wir haben darauf bestanden, daß die Veranstaltung stattfindet. Man wollte wohl von seiten der staatlichen Funktionäre der DDR auch keine diplomatischen Schwierigkeiten riskieren, und wir haben diese Veranstaltung wirklich durchgeführt. Das war damals ein wesentlich kleinerer Raum als dieser hier, es paßten vielleicht 50 Leute hinein. Von denen waren 40 irgendwelche staatlichen Funktionäre oder von der Staatssicherheit. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Vielen Dank, Herr Molt.

Ich habe jetzt aus der Runde acht Wortmeldungen. Ich bin geneigt, die Frageliste für geschlossen zu erklären. Herr Weisskirchen, Herr Jacobsen, Herr Weber, Herr Poppe, Herr Faulenbach, Herr Hilsberg, Herr Wilke und Herr Passauer. – Auch noch Herr Gutzeit, dann ist Schluß.

Herr Weisskirchen, bitte schön.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Sie haben in der letzten Runde sehr schön das Wechselverhältnis von Systemzwang – um einen Begriff aufzunehmen, den Sie gebraucht haben, Herr Molt – und der Chance, den Systemzwang von innen, von unten zu verändern, zu erweitern, auszutesten, dargestellt. Wenn ich Herrn Bierwisch richtig verstanden habe, dann hat er die Perspektive von den dramatischen Erlebnissen und Erfahrungen her aufgebaut und gesagt: „Das war nur begrenzt möglich“, während Edelbert Richter von den persönlichen Erfahrungen her gesagt hat: „Wir hätten mehr machen können, als wir gemacht haben.“ Das sieht auf den ersten Blick widersprüchlich aus; ich glaube, daß es gar nicht widersprüchlich ist. Dennoch vielleicht an alle die Frage: Welche Möglichkeiten haben Sie aufgenommen aus dem Westen, um Ihre jeweiligen Grunderfahrungen umzusetzen? Haben Sie irgend etwas im Jahre 1968 als Ermutigung aufgefaßt – nicht nur beim „Prager Frühling“, sondern da gab

es ja auch noch etwas anderes, oder 1975 beim KSZE-Prozeß, auf den sich Edelbert Richter mit berufen hat – gab es irgendwo eine Vernetzung oder gab es einen Impuls oder eine Reflexion auf das, was im Westen vorgegangen ist, was Sie entweder ermutigt oder aber auch entmutigt hat?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Die Frage ist so konkret, Herr Weisskirchen – ich begrüße das außerordentlich –, daß wir die Runde gleich um Antwort bitten.

Bernd Eisenfeld: Für mich war eigentlich charakteristisch, daß ich meine Informationen weniger aus dem Fernsehen bezog als vielmehr aus westlichen Rundfunksendungen. Da war für mich im Grunde genommen der Deutschlandfunk sehr prägend. (Beifall)

Das betrifft übrigens weithin die Sachsen, also auch die Dresdner, die ohnehin keinen Zugang hatten, aber auf diese Weise, glaube ich, sehr viel bessere, sehr viel fundiertere Informationen, auch historische Informationen bekamen, als das über das Fernsehen gelaufen ist.

Für mich war die Bundesrepublik insofern immer ein Bezugsfeld, als ich von der Argumentation ausging: Negation der Negation, also die wirklichen Freiheiten, die müssen wir erhalten. Wie können wir denn die bürgerlichen Freiheiten wegnehmen? Darauf können wir dann aufbauen. Da habe ich mich natürlich auch auf die Bundesrepublik und auf die entsprechende Diskussion beziehen können. Helsinki 1975 war für mich ein sehr starkes Motiv und außerdem eine öffentliche Einforderung. Man konnte sich auf etwas stützen, was auch die DDR schwarz auf weiß sanktionierte.

Aber nach 1975, muß ich sagen – ich spreche jetzt nicht nur für mich –, trat doch zunehmend Resignation ein. Das heißt, man stellte eigentlich fest, daß die Bundesrepublik sich immer stärker auf das Gespräch auf der oberen Ebene einließ, was nicht mehr nach unten durchschlug. Ich habe z. B. versucht, eine Reihe von Abgeordneten dazu zu bewegen, etwa nach Dresden zu Friedenskreisen zu fahren. Es war auch von der Bundesrepublik her ungemein schwer, etwas zu bewegen. Das führte, glaube ich, auch zu Resignation. Ich glaube generell – diese Frage muß man sich stellen –, daß die Zunahme der Ausreisewilligkeit letztlich Ausdruck der Resignation war. Deutschlandpolitik sollte eigentlich dafür sorgen, daß die Menschen bleiben, und auch die Kirchenpolitik war davon geprägt, daß man langsam reformieren wollte. Wenn aber das Ergebnis dieses Prozesses darin bestand, daß immer mehr weg wollten, dann hätte man sich fragen müssen: „Was machen wir eigentlich falsch?“ Da, meine ich, ist eine Menge falsch gemacht worden. (Beifall)

Dr. Edelbert Richter, MdEP: Wenn ich es mir richtig überlege, haben wir permanent im Kontakt mit den ideellen oder kulturellen, aber eben auch mit den politischen Bewegungen in der Bundesrepublik oder in der westlichen Welt gestanden. Das ist nicht nur durch das Fernsehen, sondern bei mir auch dadurch bedingt, daß ich diesen Sonderraum der Kirche nutzen konnte. Man

macht sich sicher nicht genug klar, in welchem Ausmaß wir dadurch geprägt worden sind. Das Problem, das sich immer stellte, war, wie wir das, was ohnehin dran war – und das war sehr stark dadurch bestimmt, was in der Bundesrepublik oder im westlichen Ausland dran war –, bei uns umsetzen. 1968 ging es parallel, und diese Parallelität setzte sich eigentlich fort, wenn man die Friedensbewegung nimmt, auch die Ökologiebewegung. Ich sehe keine Spezifik, die wir da verkörpert hätten.

Prof. Dr. Manfred Bierwisch: Ich möchte nachdrücklich betonen, was ich über die Einschränkung der Erfolgsaussichten oder der Ziele gesagt habe, die sich aus den Erfahrungen ergaben, die die Ecksteine des historischen Erinnerungsfeldes ausmachen. Das bezieht sich auf das, was man als Ziel von möglichen geplanten, gar nicht unbedingt in Großform systematisch eingefädelt politischen Einstellungen sich vorstellen konnte. Es war in den sechziger/siebziger Jahren keine irgendwie reale Vorstellung, das politische System im Kern zu treffen. Man konnte nur am Symptom, an Details ansetzen und da Moderationen, Abmilderungen, Erträglichkeiten ansteuern, mit mehr oder weniger Radikalität. Auch Robert Havemanns Programm war eines, das auf erträglichem Sozialismus ausging, nicht eines, was das System im Ganzen in Frage stellte. Die Frage, wie weit man das System überhaupt in Frage stellen konnte, sieht ja auch aus der Sicht von heute ganz anders aus, als es damals der Fall gewesen ist.

Was die Einwirkungen vom Westen her betrifft, so ist das eine Sache, die so viele verschiedene Schichten hat, daß es darauf keine einfache Antwort gibt. Eine ist: Um 20.00 Uhr hat sich die gesamte Bevölkerung per Knopfdruck in den Westen katapultiert. Das war eine Tatsache. Es hat empirische Sozialforschung in sehr eingeschränktem, streng geheimgehaltenem Rahmen gegeben. Das Institut für Jugendforschung in Leipzig machte Umfrageerhebungen und konnte mit üblichen Methoden der Sozialforschung dingfest machen, daß die Bereiche, in die das Fernsehen nicht hinreichte – Dresden und die Lausitz –, die stockkonservativsten Teile, die resistentesten und „reaktionärsten“, auch nach den Maßstäben der DDR-Führung, waren, daß also in der Tat mehr Informationen auch Akkommodierungen innerhalb der Gegebenheiten darstellten. Ich weiß nicht, wie weit die Gerüchte stimmen, daß es sogar Überlegungen gab für einen Deal, bei dem man mit westlicher Technologie das Fernsehen in diesen toten Bereichen – also „ARD“ – „außer Raum Dresden“, wie das ausbuchstabiert worden ist –, hätte zugänglich machen können.

Das ist die eine Ebene, die andere ist: Es gab alle Arten von persönlichen Beziehungen. Ich könnte es umsetzen für meine direkt beruflichen, die auch mit persönlichen Kontakten und wissenschaftlichem Austausch verbunden waren, wo Wirkungsmöglichkeiten verschiedener Art waren. Aber es gibt da keine einfache Antwort.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Herr Borkowski, ich gehe

fast davon aus, daß der Westen für Sie, sozusagen verstellt durch die Figur Oberländer, keine Rolle gespielt hat.

Dieter Borkowski: Doch, hat er, und zwar durch die Literatur. Es gibt natürlich die Literatur. Es gab nicht nur die Zeitschriften „Der Monat“, die bis zum Mauerbau überkam. Viele Intellektuelle haben sich jeden Montag für eine Ostmark den „Spiegel“ am Potsdamer Platz gekauft. Aber auf die Literatur in der Heinrich-Heine-Buchhandlung am Bahnhof Zoo, die Hunderte Intellektuelle frequentierten, - von Czeslaw Milosz beispielsweise „Verführtes Denken“, von Arthur Koestler, George Orwell -, mit leidenschaftlicher Begierde haben wir uns auf diese Dinge gestürzt und waren froh, daß das nach dem „neuen Kurs“ leichter wurde.

Der „neue Kurs“ ist ja nicht die Erfindung Walter Ulbrichts gewesen, sondern – historische Forschungen sind wohl ziemlich klar – das kam als Befehl aus Moskau, und zwar vor dem Aufstand vom 17. Juni. Das ist ganz wichtig zu wissen. Der „neue Kurs“ wurde in der DDR am 10. Juni bekanntgegeben als Vorschlag des Politbüros des Zentralkomitees der SED, in Wirklichkeit kam der aus Moskau; man schwankt noch. Ich habe das bei Herrstadt noch mal nachgelesen, in seinen berühmten Herrstadt-Papieren: Hat es Semjonow nun selbst überbracht, oder hat es die sowjetische Administration unter ihm überreicht? (Zurufe: Die waren in Moskau!)

– Ja, gut, das wissen Sie, aber viele wissen es nicht, und außerdem ist nach wie vor das eine oder andere umstritten, weil die Äußerungen der Politbüromitglieder unterschiedlich sind. (Zuruf: Aber dieser Literaturkonsum hat 1961 aufgehört!)

– Ja, der hat aufgehört, insofern war es ab 1961 damit vorbei.

Die Frage ist: Wann ist auch klargeworden, daß außerhalb der SED gar nichts gemacht werden kann? Das ist ja das Furchtbare. Wolfgang Harich hat es mit seiner „Plattform“ innerhalb der Partei im Herbst 1956 – ich weiß nicht, ob es stimmt – mit Brecht so abgestimmt versucht. – Die Antwort kennen wir inzwischen auch als Walter Jankas Bericht; Sie wissen, wie die Partei reagiert hat. Außerhalb gab es nun überhaupt nichts. Dann hieß es eben: „Die Partei hat immer recht.“ Dabei blieb es – das war übrigens auch Honeckers Lieblingslied zum Schluß wieder, man hat ihn das singen sehen im Fernsehen –, und wenn man eine Alternative zur Partei gehabt hätte, hätte man sie niemals diskutieren können. Da waren die Beispiele Ungarn und Jugoslawien. Die „Tito-Clique“ in den fünfziger Jahren, das war ein Symbol für die Aufweichung des Kommunismus. Das hat bei Ulbricht sogar dazu geführt, daß er 1956 die Grenzen sperren ließ für Broschüren und Zeitungen aus Warschau. Das ist eigentlich ungeheuerlich, bis dahin war es die Brudernation. Die Abendzeitung aus Warschau konnte man nicht lesen, so wie man später die Prager Broschüren nicht mehr lesen konnte. (Beifall)

Rudi Molt: Zum einen kann ich das bestätigen, was von den anderen Herren

auch gesagt wurde. Westliche Rundfunksendungen, das Westfernsehen und auch westliche Literatur, die uns erreichte, waren für uns sehr, sehr wichtig, denn wir hungerten geradezu nach Informationen.

Die persönlichen Kontakte, nicht familiäre, sondern politische Kontakte, waren in den siebziger Jahren noch relativ spärlich im Vergleich zu den achtziger Jahren, wo es sowohl im Osten als auch im Westen schon die Friedens- und Ökologiebewegung gegeben hat und auch Kontakte stattgefunden haben, wenn auch behindert durch das Grenzsystem der DDR, aber in den siebziger Jahren war das eigentlich noch eher die Ausnahme. Es gab zwar einige Versuche, daß westliche Linke oder linkssektiererische Gruppen, Maoisten, Trotzlisten, auch versucht haben, in der DDR Zellen aufzubauen auf sehr konspirative Weise, aber das blieben meines Wissens Einzelerscheinungen.

Ich möchte noch etwas anfügen über den Einfluß des Westens auf uns. Das Jahr 1968 war nicht nur das Jahr des „Prager Frühlings“, sondern auch in Westeuropa, speziell in Paris und auch in West-Berlin, ein ganz wichtiges Jahr, das Jahr der großen Demonstrationen, speziell der Studenten. Wir selber empfanden uns auch nicht als antisozialistisch. Wir hatten zwar mit diesem „realen Sozialismus“ nichts am Hut – das war für uns eine Perversion dieser eigentlich von der Wurzel her Befreiungsphilosophie des Sozialismus –, aber wir waren nicht antisozialistisch, sondern im Grunde genommen sozialistisch. Wir sahen in Personen wie beispielsweise Rudi Dutschke durchaus auch Leitbilder für uns.

Letzter Punkt noch: Auch die Musik, die vom Westen zu uns herüberkam – Herr Knabe hat es auch schon ein bißchen deutlich gemacht in seinem Referat –, die Musik der Rolling Stones, von Jimi Hendrix, von Bob Dylan, das war für uns mehr als eine musikalische Mode. Das waren Grundüberzeugungen, die dort transportiert wurden und die auch bei uns einen Nerv getroffen haben.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Herr Jacobsen, bitte.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Aus dem Katalog meiner Fragen möchte ich eine besondere Frage herausgreifen in der Hoffnung, daß ich eine kurze Antwort von dem Podium bekomme. Wir haben im 20. Jahrhundert eine besondere Erfahrung in Deutschland gemacht. Zweimal hatten wir ein totalitäres System. Es war nicht möglich, dieses totalitäre System von innen heraus so auszuhöhlen, daß man es qualitativ verändern konnte. Einzelheiten möchte ich jetzt hier nicht anführen.

Meine konkrete Frage lautet im Hinblick auf die Bemühungen seit den siebziger Jahren – Sie wissen, das ist nach wie vor ein Streitpunkt –: Hätten die offiziellen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Westen eine andere Strategie wählen müssen, die vielleicht schneller und besser zum Ziele geführt hätte, obgleich klar war und klar sein mußte, daß der Schlüssel für die Frage evolutionärer Veränderungen auch in der ehemaligen

DDR in Moskau lag? Kurz gesagt: Wie haben Sie als Oppositionelle in der damaligen DDR die offizielle Deutschlandpolitik auch gegenüber Osteuropa etwa seit den siebziger und auch in den achtziger Jahren eingeschätzt und bewertet?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Vielleicht gibt es darauf nach Möglichkeit wieder eine schnelle Antwort. Herr Eisenfeld, bitte.

Bernd Eisenfeld: Ich glaube, die Einleitung der Entspannungspolitik über den Grundlagenvertrag hat weithin sehr viel Sympathie ausgelöst in der DDR. Daran wurden sehr viele Hoffnungen geknüpft unter dem Stichwort „Annäherung durch Wandel, Wandel durch Annäherung“. Das Problem entstand bei mir dort, wo ich merkte, diese Annäherung pervertierte zu einer Annäherung oben, das heißt, daß also der Weg nach unten nicht mehr gesucht wurde und daß man versucht hat, das System von oben her praktisch zu lenken und zu korrigieren.

Dr. Bräutigam hat einmal folgenden Satz formuliert: „Wir schätzen den Realismus der DDR-Bürger, an ihren Strukturen nichts ändern zu können.“ Das heißt also die Festlegung auf einen Status-quo-Zustand, und das hat bei denjenigen, die etwas verändern, etwas bewegen wollten, Frustrationen ausgelöst. Ich glaube auch, daß diese Politik dazu geführt hat, daß die Menschen mehr entmutigt wurden, etwas zu bewegen, als daß sie ermutigt wurden. (Beifall)

Dr. Edelbert Richter, MdEP: Ich kann dem nur zustimmen und will hinzufügen, daß man das zeitlich vielleicht ein bißchen einordnen kann. Man kann sagen, in den siebziger Jahren wurde diese Entspannungspolitik begrüßt, und in den achtziger Jahren bekam man langsam das Gefühl, was er geschildert hat, daß das nicht mehr hinhaut.

Prof. Dr. Manfred Bierwisch: Es ist heute leicht, sich Alternativen vorzustellen, weil man weiß, wie es ausgegangen ist. Das ändert einfach die Bewertung von konkreten Vorgängen, die damals stattgefunden haben. Das ist ein Urteil von außen. Ich will zweitens sagen, was nach meiner Wahrnehmung in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren von innen her das Urteil war, und das war – vorausgesetzt die Tatsache, daß das System insgesamt nicht zu stürzen war –: Jede Annäherung, jeder kleine Schritt, jedes Loch in der Mauer, jede mögliche Reiserleichterung, die sich abzeichnete, war etwas, was von allen auf die eine oder andere Weise als Erleichterung des Lebens und als Möglichkeit, Freiräume zu gewinnen und auszunutzen, erfahren wurde.

Dieter Borkowski: Bis 1970 etwa kann ich etwas sagen, da bin ich zum zweiten Mal verhaftet worden. Da herrschte bei sehr weiten Kreisen, und zwar nicht nur bei den Berlinern, sondern auch wenn ich umherreiste innerhalb der DDR, eine tiefe Verzweiflung, daß der Westen – ich gebe das nur so wieder, wie sie es dachten und sagten – zugeschaut hat bei dem Mauerbau und nichts unternommen hat. Es herrschte eine tiefe Verzweiflung und teilweise

Resignation, obwohl die Frage hier gar nicht untersucht werden kann, warum, aber das muß man sagen, auch eine Enttäuschung über die Politik der Bundesrepublik und der großen Verbündeten des Westens.

Rudi Molt: Ich kann dem eigentlich nichts weiter hinzufügen. Das, was Herr Eisenfeld gesagt hat, kann ich voll unterstreichen.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Meine Frage geht an Herrn Knabe und an Herrn Bierwisch. Es geht um die von ihnen ausführlich diskutierte und auch, wie ich finde, völlig richtig begründete Überlegung, warum dieser Fundamentalopposition, der Vorstellung, das ganze System zu überwinden, eine Veränderung in den sechziger/siebziger Jahren folgte in der Richtung, vor allem innerhalb des Systems Reformen zu erreichen. Mich würde interessieren, inwieweit nach Ihrer Einschätzung – Sie haben die vielen Hauptgründe gebracht, Blockbindung usw. – auch eine Rolle spielte, daß der XXII. Parteitag der KPdSU im Gegensatz zum XX. ganz offen das Ende der Stalin-Ära – ich sage nicht: des Stalinismus – einläutete und daß das doch wahrscheinlich auch neue Hoffnungen brachte, daß etwas in Bewegung komme.

Eine Frage habe ich an Herrn Borkowski: Sie haben am Anfang gesagt – das hätte eigentlich in unsere Gruppe reingepaßt –, daß offensichtlich nach 1945 für die junge Generation auch anderes eine Rolle gespielt hat. Meine Frage ist nun: Glauben Sie, daß Sie mit Ihrer Faszination – natürlich nicht der Praxis, aber der Idee, der Utopie – eine Einzelercheinung waren? Wie breit, schätzen Sie, war diese Begeisterung zu Ihrer Zeit eigentlich feststellbar?

Dieter Borkowski: Wenn wir konkret von 1946, 1947, 1948 ausgehen, herrschte, wie das Karl Wilhelm Fricke heute früh am Schluß schon angedeutet hat, eine totale Depression angesichts der rauchenden Ruinen, die Adolf Hitlers Untergang dem deutschen Volk in allen Besatzungszonen, insbesondere im deutschen Osten, hinterließ, und die 8.000 Panzer Stalins, die vom 15. April an in Richtung Berlin rollten, hinterließen eine zerstörte Landschaft, eine verbrannte Erde, muß man sagen.

Aber 1946 etwa, so habe ich auch bei Freunden beobachtet, als ich mich selber noch zurückhielt und sehr allgemeinen christlichen Ideen naheiferte und Jugendkreise gründete und besuchte innerhalb der Kirche, ging durch die junge Generation eine Art Aufwachen, und ein Interesse war da. Das Theaterleben – das hat Frau Graul heute vormittag wunderbar formuliert, das möchte ich bestätigen –, das Kulturleben blühte in einer Weise in den zertrümmerten Städten – ich spreche ganz konkret von Berlin –, das war unvorstellbar mit heutigen Maßstäben. Man stand morgens um 4.00 Uhr an, um eine Theaterkarte für Gründgens oder für andere große Schauspieler zu bekommen.

Es war die Sowjetunion – das muß man ganz klar sagen –, die diese Kulturentwicklung unglaublich förderte, auch materiell, etwa durch Genehmigung von schnellen Baumaßnahmen. Der Admiralspalast wurde zur Staatsoper

umfunktioniert, weil die Staatsoper Unter den Linden so total kaputt war. Die Theater blühten auf, und von daher gab es von der „Ideologie“ her, sozialistisch interpretiert, eine große Bereitschaft. Wenn ich ein, zwei Jahre später durchs Land fuhr, traf ich auch viele junge Menschen voller Idealismus, voller Hoffnung auf eine sozialistische Umgestaltung Deutschlands. Dazu war die Erbmasse Adolf Hitlers, des deutschen nationalsozialistischen Unrechtsstaates, so gewaltig, daß diese Hoffnung wirklich viele tausend erfaßte. Das sind nicht nur gestellte Bilder, wenn Mitte Mai 1950, fünf Jahre nach dem Krieg, im strömenden Regen in Berlin 500.000 zum ersten Deutschlandtreffen aufmarschierten und Lieder sangen, die die Einheit der Nation befürworteten. Das muß man sich mal vorstellen! Da stand nicht die russische Nagaika dahinter und peitschte sie über den Marx-Engels-Platz an dem alten Wilhelm Pieck vorbei. Natürlich waren manche junge Menschen einfach Mitläufertypen wie früher im Deutschen Jungvolk und in der Hitlerjugend, die gab es immer, die gibt es immer. Aber viele haben auch an eine neue deutsche Perspektive nach dieser sozialistischen Theorie geglaubt, das muß man klar sagen, sonst entsteht ein falsches Bild.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Ich bitte noch um die Antworten von Herrn Knabe und Herrn Bierwisch auf die Frage von Herrn Weber nach dem Wechsel vom „Fundamentalismus“ zum „Reformismus“.

Prof. Dr. Manfred Bierwisch: Ich will ganz kurz sagen, daß das Beispiele dafür sind nach meiner Erfahrung und Erinnerung, wie stark das politische Spielfeld, die Möglichkeiten in der DDR geprägt waren durch das, was im „Heimatland der Werktätigen“ vor sich ging, übrigens auch schon deutlich in den fünfziger Jahren.

Was Sie eben beschrieben haben, ist ja eine Phase davor, zu der es auch noch ein Gegenbild gibt. Die eine Seite ist, daß es ein Aufblühen der Kultur gab, aber gleichzeitig war das auch die Zeit, in der man wirklich vor der GPU, die es so in Deutschland nicht gab, echt Angst hatte. Das war eine Form von politischer Repression, die später so nicht mehr existierte, aber der XX. Parteitag war etwas, was alle Leute, die mit Politik zu tun hatten, ungeheuer bewegt hat. Das schlug sich auch in Filmen und in der Kultur als Tauwetter nieder, aber es war auch im gleichen Jahr, in dem der Ungarn-Aufstand zusammengeschossen wurde, als wieder aus der sowjetischen Zentrale heraus entschieden wurde, was in den Satellitenstaaten passieren konnte.

Der Fundamentalismus war nie eine Sache, die deutsche Eigenständigkeit hatte. Deswegen ist auch die Rolle, die Gorbatschow in der DDR gespielt hat, so ungeheuer wichtig. Es hing immer ab von dem, was in der Sowjetunion passierte, und mit Gorbatschow war zum ersten Mal Luft zum Atmen nach eigenen Spielregeln, die man erwarten konnte.

Dr. Hubertus Knabe: Die Frage des Wechsels von der Fundamentalopposition zum Reformismus ist wirklich die interessanteste, wenn man über die

sechziger und siebziger Jahre spricht – die Frage, wie man sich das eigentlich erklären soll. Wir haben einige Punkte genannt: das Gefühl, anderweitig keine Chance zu haben, sich durchsetzen zu können. Es wurde von Edelbert Richter zu Recht das gesamte weltpolitische Umfeld genannt, was einfach in diese Richtung tendierte, Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt usw. Es hat auch immer wieder Situationen gegeben – darauf sprechen Sie an, Herr Professor Weber –, die Hoffnungen ausgelöst haben auf eine Veränderung von innen heraus. Dazu gehörte dann sicherlich der XXII. Parteitag, aber auch die Entwicklung in Prag sowie Honeckers Machtantritt.

Ein Grund ist sicherlich – auch der wurde schon genannt – Stichwort Oberländer, der häßliche Westen, das häßliche Westdeutschland mit seiner Art der Vergangenheitsbewältigung in punkto Nationalsozialismus. Man müßte darüber hinaus auch darüber nachdenken, inwieweit sich die Propaganda in den Hirnen festgesetzt hatte. Die systematische Verunglimpfung des parlamentarischen Systems in der Bundesrepublik hat sicherlich auch ein bestimmtes Bild über den Kapitalismus, über den Westen entstehen lassen, was nicht besonders schön war, nicht besonders positiv ausfiel.

Ein weiterer Punkt könnte in meinem Verständnis ein Überhang an Bedürfnis nach einer Utopie, nach einer Erlösungsvorstellung sein – mit dieser Schuld Nationalsozialismus auf den eigenen Schultern nun etwas Besseres, ein besseres Deutschland schaffen zu wollen. Diese Sehnsucht nach einer Erlösung, nach einem anderen, gerechteren politischen System spielte sicherlich auch eine große Rolle.

Schließlich gibt es neben dem hier diskutierten Widerstand auch noch ein großes Spektrum an – ich hatte es eingangs gesagt – unbekanntem Widerstand, der anders ausgerichtet war, der den Sozialismus nicht reformieren wollte, sondern der die Nase voll davon hatte, der Fluchtwilligen versucht hat, über die Grenze zu helfen, oder – wir haben das inzwischen aus den MfS-Unterlagen teilweise gesehen – Leute, die sich in Leserbriefen oder in Drohbriefen an die Führung gewandt haben und in ihrer ganzen Mentalität gegen diesen Sozialismus in der DDR eingestellt waren. Aber darüber wissen wir bisher relativ wenig. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Bitte, Herr Poppe.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich muß eine Vorbemerkung machen zu dem Begriff des demokratischen Sozialismus oder des Reformsozialismus. Er hat heute und auch in früheren Anhörungen eine große Rolle gespielt. Was mich dabei wundert, ist, daß sich fast niemand an der „Kirche im Sozialismus“ gestoßen hat. Ein Begriff „Status quo pur“, würde ich sagen. Was ist „demokratischer Sozialismus“ vom Begriff her? Etwas, was auf Veränderung hin ausgerichtet ist. Die Betonung liegt auf „demokratisch“. Es hat Opposition mobilisiert. Das, was unter demokratischem Sozialismus verstanden wurde, wurde in Prag niedergewalzt. Der Begriff war zugleich Ablehnung und

Abgrenzung von dem Begriff des „real existierenden Sozialismus“, und schließlich ließ einem die Status-quo-Politik des Westens gar keine andere Wahl, als diese Hoffnung zu entwickeln.

Dieser Begriff sollte nicht immer in seiner ideologischen Ausprägung behandelt werden; er hatte außerordentlich viel pragmatischen Gehalt, was sich dann später, insbesondere in den achtziger Jahren, zeigte, was aber auch schon Ende der siebziger Jahre angelegt ist.

Eine Frage an Hubertus Knabe bezieht sich auf die Anmerkung von Rudi Molt zum Jahr 1968 im Westen und seinen Auswirkungen. Ich hatte mich ein wenig gewundert, daß es bei Dir nicht vorkam. Deshalb frage ich noch mal nach, warum Du es bei Deinem Vortrag weggelassen hast. Ich denke nämlich, das hatte einen erheblichen Einfluß, vielleicht den wichtigsten westlichen Einfluß auf die DDR-Opposition der siebziger/achtziger Jahre – zum einen eben auf Grund seiner Kritik am real existierenden Sozialismus, zum anderen auch seines Nonkonformismus wegen, einer gewissen, wie Rudi Molt sagte, Aufbruchstimmung, die erzeugt worden ist. Es ist doch seltsam, daß trotz der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ noch Anfang der siebziger Jahre eine solche Aufbruchstimmung vorhanden war, z. B. bei Jugendlichen, daß eine Subkulturszene entstand, daß Ausstellungen und alle möglichen privaten Initiativen und auch Versuche, alternative Lebensformen zu finden, stattfanden, die durch die Entwicklung im Westen beeinflußt waren. Deshalb würde mich interessieren, wie Du das siehst.

Ein letzter Punkt, diesmal mehr zu Edelbert Richter: Er hat gesagt, ein ganz wichtiger Einschnitt sei Ende der siebziger Anfang der achtziger Jahre gewesen. Das fällt zum Teil in das heutige Thema und zum Teil in das morgige. Ich empfinde das ganz genauso. Obwohl Hubertus Knabe vorhin in seinem Vortrag gesagt hat, es sei im Grunde genommen alles angelegt gewesen, was in den achtziger Jahren wichtig war, ist Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre ein totaler Einbruch zu verzeichnen. Ich möchte dem nachgehen und stelle deshalb die Frage an Edelbert Richter: Woran liegt das? Liegt das an dem Exodus nach der Biermann-Ausbürgerung? Oder liegt das an der Solidarnosc-Bewegung, die dann schon deutlich sichtbar wurde? Oder an dem Ausgang der intellektuellen Bahro-Debatte, die letzten Endes dazu führte, daß die Entscheidung getroffen wurde, nicht mehr konspirativ in irgendwelchen Zirkeln rumzusitzen, sondern vielleicht als allerletzte Möglichkeit, noch etwas zu verändern, an die Öffentlichkeit zu gehen oder, wie Eisenfeld das vorhin gesagt hat, mit offenem Visier dazustehen?

Ich denke, 1979/80 ist genau der Zeitpunkt, wo das passierte, wo diese Entscheidung fiel und damit tatsächlich eine ganz neue Qualität von Opposition möglich wurde.

Dr. Hubertus Knabe: Du hast völlig recht, den Einfluß der 68er-Bewegung habe ich weggelassen. Er ist der Kürzung aus Zeitgründen zum Opfer gefallen.

Ich sehe das ganz genauso, der Einfluß war sehr groß, und es bot sich natürlich an, in einer Situation, wenn man versucht, sozusagen von den Grundlagen des Systems her zu argumentieren und dabei subversive Kraft zu entwickeln, sich eine Bewegung zum Vorbild zu nehmen, die mit einem ähnlichen geistigen Horizont daherkommt und trotzdem Herrschaftsstrukturen außerordentlich kritisch gegenübersteht.

Ich habe weggelassen die Lektüre von Marcuse, von Adorno, von der Frankfurter Schule usw. Das hat auch eine große Rolle gespielt, gerade in diesen Diskussionszirkeln, die ich versucht habe, kurz darzustellen. natürlich dann auch in den siebziger Jahren die Übernahme von bestimmten Lebensformen; ich habe das bei der Jugend deutlich gemacht. Ich habe nicht erwähnt die Wohnungsbesetzungen und die Gründung von Wohngemeinschaften oder die Versuche eines anderen Lebensstils. All das spielt in der Tat eine große Rolle.

Was den Einschnitt zwischen den siebziger und achtziger Jahren anbetrifft: Ich würde es vielleicht nicht ganz so scharf sehen, daß es in den achtziger Jahren eine grundsätzlich andere Situation gegeben hätte als in den sechziger und siebziger Jahren, sondern ich denke – ich habe versucht, es so zu beschreiben –, daß die wesentlichen Elemente vorher vorbereitet worden sind und daß sich Ende der siebziger Jahre dieser Übergang zu einer anderen Situation angedeutet hat, vor allem dadurch, daß die intellektuellen Debattierzirkel, wenn man so will, sich in die Kirchen begeben haben und daß auch umgekehrt in den Kirchen mehr politisch argumentiert wurde. Dieses Zusammenwachsen der von mir beschriebenen Potentiale beginnt in meinen Augen im Grunde Ende der siebziger Jahre und gewinnt in den achtziger Jahren erst diese neue Dimension.

Dr. Edelbert Richter, MdEP: Ich kann das jetzt nicht ausreichend ausführen, aber es ist ein Gedanke, der mich schon länger beschäftigt. Ich will bloß so viel sagen: Ich habe mehr gemeint als diese Bewegung innerhalb der DDR. Da ist es sicher der Übergang zu diesen mehr theoretischen Zirkeln zu den Gruppen Ende der siebziger Jahre; das ist ganz unzweifelhaft.

Aber was dahintersteht, das interessiert dann schon. Das sind die sogenannten neuen sozialen Bewegungen im Westen – damit hängt das zusammen –, und dann aber mehr noch die Friedensbewegung. Das war ja eine völlig neue weltpolitische Situation.

Es begann damals eigentlich das Ende des Abschreckungssystems. Was uns da beschäftigt hat, war gerade die These des begrenzten und führbaren und womöglich gewinnbaren Atomkriegs. Das war das, was uns Angst gemacht hat. Das war eine völlig neue Situation. Damit hörte im Grunde das System auf, was seit den sechziger Jahren oder vielleicht schon seit den fünfziger Jahren bestanden hatte, eben dieses Abschreckungssystem. Das halte ich für einen ganz wichtigen Punkt.

Und was noch dahintersteht, ist ökonomisch natürlich auch ein Übergang von

wohlfahrtsstaatlicher Politik in der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern – Reagan in den USA, Maggie in England – zum Neoliberalismus. Deswegen ist das ein ganz tiefer Bruch. Dann kommt die Schuldenkrise Anfang der achtziger Jahre in der Dritten Welt. Das ist wirklich eine ganz neue Situation. Die massive Verschuldung des Ostens fängt auch an. Auf diesem Hintergrund muß man sehen, was passierte. Da ist die Unruhe erklärlich und wieso die Leute den Mut faßten, sich offen nach außen zu wenden und nicht nur in diesen Zirkeln zu bleiben.

Abg. Hilsberg (SPD): Ich habe eine Bemerkung und eine Frage, bezogen auf Dr. Knabe. Sie haben den verehrten Herrn Fricke zitiert, bezogen auf die Opposition in den siebziger Jahren mit dem Stichwort „Mut zur Illusion“, und danach gesagt, das oppositionelle Handeln hätte Einschränkungen ihres Denkens und Handelns bedeutet, das hätte man in Kauf nehmen müssen. Ich bestreite das energisch, denn ich bin der Meinung, daß genau das Gegenteil eingetreten ist. Normalerweise lebte man in der DDR nämlich unter dem Anpassungssystem – das hat Herr Molt sehr gut beschrieben – in einer schizophrenen Situation: Man mußte nach außen etwas anderes vorgeben zu sein, als man innerlich gedacht und gehandelt hat. Diese Schizophrenie hat einen bis in die Tiefen der Seele deformiert. In dem Moment, in dem man sagte „Ich will das nicht mehr!“ – dieser Widerstand war zum großen Teil spontanes Handeln –, ist schlicht und einfach versucht worden, diese Schizophrenie aufzuheben, also wieder zur Einheit von Denken und Handeln zu kommen. Das ist ein Vorgang, der das Denken und Handeln befreit, also genau das Gegenteil.

Die Frage bezieht sich auf die Opposition: War Ausreise wirklich Opposition? War derjenige, der nach drüben gegangen ist, wirklich ein Oppositioneller? „Ausreise“ war bei uns negativ belegt, das war für meine Begriffe nicht richtig, das ist eine kritische Anfrage an uns. Aber war das nicht einfach ein Austausch eines unfreien Systems mit einem freien? Sicherlich ist das auch ein Sich-Wegbewegen von diesem Spannungsverhältnis zwischen Anpassung und Widerstand. Damit wollte man nichts mehr zu tun haben, man wollte einfach weg. Hat das gar nichts mit Opposition zu tun, ist das nicht bloß eine Suche nach einem freieren Lebensfeld?

Dr. Hubertus Knabe: Diese befreiende Kraft von Opposition – das sehe ich ganz genauso, subversive Kraft habe ich das genannt. Ich erinnere mich an Stimmen in Ungarn damals, die, als Bahro sein Buch geschrieben hatte, die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen haben, wie man im Jahre 1977 so einen Schnee von gestern von sich geben kann. Man argumentierte im Grunde genommen überholt und befand sich nicht im internationalen Kontext, hat viele neue Entwicklungen gar nicht mitreflektiert, sondern in der DDR ist durch die Systembedingungen eine Art Kleingartenkultur des politischen Denkens entstanden. Im nachhinein ist das ein großes Manko.

Bernd Eisenfeld: Ich möchte noch etwas zu den Ausreiseantragstellern sagen, schließlich war ich auch Betroffener. Man muß da ganz entschieden differenzieren. Ich bin der Meinung, daß ein großer Teil derjenigen, die in der DDR in politischer Opposition standen, die das System in Frage stellten, unter dem Dach der Kirche, zumal wenn sie nicht religiös gebunden sind, überhaupt keinen Platz mehr fanden, da sich die Kirche selbst auch nicht als Opposition verstand. Was blieb diesen Leuten eigentlich übrig, als Opposition über das Portal der Kirche hinauszutragen? Sie wissen genau, was dann folgte. Das heißt, für diese Leute gab es im wesentlichen eigentlich nur eine Alternative – ihre Existenzbedingungen waren ja auch nicht an die Kirche gekoppelt –: entweder kapitulieren oder weitermachen mit dem Risiko Haft oder dann letztlich weggehen. Ich muß daran erinnern, daß die Staatssicherheit eine ganze Reihe von Leuten regelrecht zersetzt hat mit dem Ziel, daß sie die DDR verlassen. Da muß also ganz entschieden differenziert werden.

Objektiv gesehen, wenn wir ganz ehrlich sind – es ist schon mehrfach angesprochen worden –, haben adiese Leute tatsächlich Denken und Handeln in Übereinstimmung gebracht, und wenn man ganz weit geht, bis 1989, dann hat die Ausreisebewegung und die Fluchtbewegung dieses System endgültig kaputtgemacht. (Beifall)

Ich fand es im höchsten Maße tragisch, daß dann, als die Wende kam, viele ehemals engagierte oppositionelle Leute keinen Anschluß fanden an diese neue Bewegung, weil man enorm und generell voreingenommen war gegenüber denen, die weggegangen sind. Man hat nicht differenziert, und auch die Kirche hat bis 1988 im wesentlichen subtil die Ausreiseantragsteller diffamiert. Das hat viel Resignation ausgelöst; ich muß das noch einmal hervorheben. Da muß ganz entschieden differenziert werden, man muß jeden Fall gesondert bewerten. Ein Großteil derjenigen, die weggegangen sind, hatte bereits Widerstand, Haftzeit, berufliche Diskriminierung hinter sich. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Ich halte die Aussagen für so wichtig, da es wenig Sinn macht, hier abzuschneiden.

Der nächste ist Herr Gutzeit.

Sv. Martin Gutzeit: Es ist von Herrn Eisenfeld vor Augen geführt worden, was getan werden konnte, woraus auch deutlich wird, daß man sich die Frage stellen muß, ob es auch in den sechziger und siebziger Jahren nicht in weiten Teilen der Bevölkerung an Zivilcourage gefehlt hat. Das ist eine Frage der persönlichen Haltung und Einstellung, und auch Edelbert Richter hat es beklagt und gesagt, man hätte mehr tun können.

Es gibt aber die andere Frage, nämlich die nach den politischen Zielstellungen und Forderungen. Hier bewegte sich sehr viel auf der Ebene der Debatte über einen demokratischen Sozialismus oder auf der Ebene der theoretischen Vorgaben des Systems bzw. in der Auseinandersetzung damit. Woran lag es denn,

daß die theoretische Debatte um Fragen wie Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie, also das Modell einer westlichen Demokratie – über die Fragen der Wirtschaftsordnung ist dann noch gesondert zu diskutieren –, in dieser Zeit keine Rolle gespielt hat? Denn daraus hätten sich ganz andere Motivationen ergeben, sich mit diesem totalitären System auseinanderzusetzen. Wieso hat das in dieser Zeit nicht in dem Maße stattgefunden? Denn es hätte ja wirklich motivierend sein können. Diese Frage an Edelbert Richter und Herrn Knabe.

Dr. Edelbert Richter, MdEP: Der Hauptgrund für mich ist immer gewesen, daß mir das Argument eingeleuchtet hat, daß man sich die Demokratie leisten können muß. Ich war der Überzeugung, daß es sich hier um Länder handelt, was sich derzeit zu bestätigen scheint, die ökonomisch von völlig anderen Ausgangsbedingungen ausgegangen sind, also diese östlichen Länder, und die von daher auch – das ist nicht einfach nur Ökonomismus – eigentlich Demokratie in diesem Sinne überhaupt nicht kennen. Das scheint sich derzeit auch wieder zu erweisen. Insofern bleibe ich erst mal dabei. Das heißt, es müssen bestimmte historische Bedingungen gegeben sein, und die sind offenbar schwer erreichbar. Das bedeutet aber nicht – das will ich gleich hinzufügen –, daß man sich diesen Maßstäben nicht annähern konnte. Aber das war eine andere Frage.

Deine Frage war ja, ob das nicht der Ausgangspunkt einer intensiven Debatte oder womöglich einer politischen Bewegung hätte sein müssen. Da wird eine Rolle gespielt haben, was ich gesagt habe, daß man sehr nüchtern sehen mußte, was das für Länder sind, welche historischen Bedingungen die haben und wie es dort ökonomisch aussieht. Wenn die ökonomisch überhaupt nicht auf die Beine kommen, wird man wahrscheinlich schwer eine Veränderung von dorthin in Gang setzen können.

Dr. Hubertus Knabe: Ich habe schon einige Gründe genannt. Es ist in der Tat ein Manko dieser Jahre gewesen, ein dem System und den Umständen, die ich beschrieben habe, geschuldetes Manko, sich nicht auch mit bürgerlichen Theorien des Parlamentarismus usw. beschäftigt zu haben. Es ist ein Ausdruck einer gewissen geistigen Enge. Man kann auch sagen: Es waren weiße Flecken in der geistigen Diskussion in diesen Jahren, die sich vielleicht später gerächt haben. Ich denke, daß das morgen noch eine Rolle spielen wird. Das ist vielleicht auch der Grund, warum andere Länder, die Tschechoslowakei, aber auch Ungarn, die Sowjetunion und Polen, nach 1968 in eine andere Richtung gegangen sind.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Zunächst, Herr Knabe, zu dem Gesamtbild, das Sie entworfen haben, zur Begrifflichkeit: Müßte man nicht große Teile der Phänomene, die Sie beschrieben haben, doch mit dem Begriff Dissidenz charakterisieren, und zwar in folgendem Sinne: Es handelte sich vielfach um einzelne oder sehr kleine Gruppen mit einem vergleichsweise geringen

Organisationsgrad, für die die Begrifflichkeit „Opposition“ doch wohl nicht zweckmäßig ist.

Zu Ihnen ein weiteres: Sie haben bestimmte Phasen unterschieden, aber wenn Sie die Biographie von einer Reihe derjenigen, die dann in den achtziger Jahren im Oppositionsraum eine Rolle gespielt haben, nehmen, kann man doch wohl sagen, daß Leute wie Havemann, Biermann usw., denen Sie die Katalysatorfunktion abgesprochen haben, zumindest für eine Reihe von diesen namhaften Oppositionellen außerordentlich wichtig gewesen sind, so daß wir doch auch bestimmte personelle Kontinuitätsmomente erkennen können, trotz der von Ihnen skizzierten Phasen.

Ich möchte noch ein allgemeines Problem als Frage aufwerfen: Die hier im wesentlichen genannten Phänomene der Dissidenz und der Opposition sind Phänomene im Bereich der kulturell-intellektuellen Milieus. Wie sah das Verhältnis dieser kulturell-intellektuellen Milieus eigentlich zu den größeren Teilen der Bevölkerung der DDR aus? Es ist vorhin einiges angeklungen. Offenbar gab es Distanzen zwischen breiteren Bevölkerungsschichten und kulturell-intellektuellen Milieus, aber könnte es nicht auch sein, daß es so etwas wie Verweigerung oder andere Formen der Dissidenz auch in breiteren Bevölkerungsschichten gegeben hat, die wir als Historiker und Wissenschaftler einfach nicht fassen, weil sie nicht dokumentiert sind und weil Sie auch nicht diejenigen gefunden haben, die darüber reden können, wie dies im kulturell-intellektuellen Bereich der Fall ist? Meine Frage: Könnten wir nicht eventuell zu einer gewissen Verkürzung kommen, weil wir uns auf diesen Bereich beschränken?

Jetzt noch die Frage nach der Entwicklung oppositioneller Positionen in den siebziger und achtziger Jahren: Es ist gesagt worden, daß so etwas wie die normative Kraft des Faktischen offenbar die politische Phantasie auch der Oppositionellen eingegrenzt hat. Ist der Eindruck richtig, daß die Entwicklung politischer Ziele in der Oppositionsbewegung in den siebziger und achtziger Jahren teilweise stagnierte, daß ein regelrechter Prozeß kaum stattgefunden hat, daß man Menschen- und Bürgerrechte einklagen wollte, aber – abgesehen von einzelnen – in den politischen Konzepten nicht hat sehr viel weiterkommen können auf der Basis der normativen Kraft des Faktischen?

Dr. Hubertus Knabe: Ich kann dem eigentlich nur zustimmen, und ich will auch nicht noch einmal die Diskussion so weit aufrollen. Ich glaube auch, daß „Opposition“ kein guter Begriff ist. Den entsprechenden Vorspann meines Vortrages hatte ich weggelassen. Ich habe stattdessen den Begriff „unabhängige politische Bestrebungen“ verwendet, der weiter greift als „Opposition“ und der den Schwerpunkt auf Unabhängigkeit legt. Das finde ich in der Tat wichtig, weil auf diese Weise gesellschaftliche Institutionen

wie die Kirchen eine politische Rolle zugeordnet bekommen, während Kritik und, wenn man so will, „Opposition“ innerhalb des offiziell zugelassenen Rahmens herausgefiltert werden können. Was in den Schriftstellerverbänden oder sonstwo kritisch diskutiert worden ist, kann man mit diesem Begriff also herausfiltern. Ich glaube, man sollte mit dem Begriff „Opposition“ nicht zuviel hantieren, zumal viele Akteure dieser Zeit diesen Begriff bewußt abgelehnt haben.

Ich wollte vorhin auch Edelbert Richter noch fragen, weil er immer von „Opposition“ sprach, ob er sich damals als Oppositioneller empfunden hat. Guntolf Herzberg hat es nicht getan, um ein Beispiel zu nennen. Eigentlich haben nur die „Kommunisten“, also Robert Havemann und Rudolf Bahro, diesen Begriff für sich benutzt, aber immer in der Wendung „kommunistische Opposition“ oder „innerkommunistische Opposition“. Insofern ist der Begriff wirklich nicht so hilfreich.

Bei der Katalysatorrolle der Intellektuellen hatte ich Biermann und Havemann ausgenommen. Ich meinte die anderen, die Schriftsteller vor allem, die sich in dieser Zeit in diese Rolle eben nicht hineinbegeben haben. Die anderen Formen der Dissidenz – auch wenn man da noch auf ziemlich unsicherem Boden steht auf Grund des geringen Fortschritts der Aufarbeitung – halte ich für ganz wichtig –; man muß da den Blick etwas öffnen, auch in die Breite schauen und andere Formen mit hinzunehmen. Wir haben das damals in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in einem Forschungsprojekt versucht. Diese Arbeitsgruppe ist leider aufgelöst worden. Ich glaube, daß man in der Tat über die Stasi-Akten ein breiteres Bild entwickeln kann und muß.

Edelbert Richter, MdEP: Ich sehe eigentlich nicht, daß sich da nichts mehr von den siebziger und achtziger Jahren entwickelt hätte. Ich kann da nur von mir reden, aber ich würde auch von Markus Meckel reden. Es gibt in den achtziger Jahren, jedenfalls in ziemlicher Abgeschlossenheit, aber das war nun mal so, doch ein Lernen in bezug auf die repräsentative Demokratie. Das würde ich für mich in den siebziger Jahren verneinen, da habe ich das nicht begriffen, das muß ich einfach sagen. Aber in den achtziger Jahren hat bei mir ein Lernprozeß stattgefunden. Für mich selber sind die achtziger Jahre sehr wichtig. Ich bildete mir dann ein, ich sei, als 1989 kam, einigermaßen geistig gerüstet. Das war dann zwar nicht der Fall, aber in dieser Hinsicht jedenfalls doch.

Das andere zur Opposition: Das war doch eine rein taktische Frage, daß wir nicht „Opposition“ sagen durften, wenn wir mit SED-Leuten sprachen. Aber daß wir uns als Opposition empfunden haben, das war klar. Man wollte aber natürlich auch den Mund nicht zu voll nehmen mit den paar Hanseln. Es war eben eine recht bescheidene Opposition, aber es war unter uns klar, daß wir

Opposition sind. Man durfte es nur nicht sagen, das war ja ein ganz schlimmes Wort.

Dieter Borkowski: Sie haben ganz präzise nach Stimmung oder kritischen Gedanken in der Bevölkerung gefragt. Für uns, die wir uns mit 65 dem senilen Alter nähern, ist es schon ein bißchen traurig, daß man das jetzt nachschieben muß. Es hat zwei Jahre gegeben, die liegen neun Jahre auseinander, wo es ganz signifikant war, daß die Bevölkerung in einer totalen Verzweiflung war. Ich habe das als Journalist sehr empfunden. Im ersten Fall war ich noch Mitglied der Partei und sagte zu meinen führenden Genossen im Rundfunk und wo auch immer ich arbeitete: „Wenn Ihr nach dem Luther-Wort dem Volk aufs Maul schaut, dann werdet Ihr merken, daß es nicht mehr hinter uns steht. Wir stehen vor dem Zusammenbruch.“ Das war im Herbst 1952, darauf lege ich großen Wert. Das war, nachdem acht Wochen vorher Walter Ulbricht auf der 2. Parteikonferenz diesen kretinistischen Aufbau des Sozialismus beschlossen, durchgepeitscht hatte.

Die Bevölkerung machte nicht mehr mit, die Versorgung brach in vielen Orten faktisch zusammen. Es war eine unvorstellbare Zeit im Herbst 1952, und es ist die Psychologie, die praktisch zu dem Klima führt, das am 17. Juni oder im Juni generell bereits zum Ausdruck kam. Das muß man doch mal sagen dürfen. Das istj eine ungeheure Sache gewesen. Das Volk hatte von dieser Partei – ich darf es mal berlinerisch sagen – die Schnauze völlig voll, völlig. Die Stasi wurde in haktischem Tempo aufgebaut. Als früher der alte Pieck z. B. zu Volksfesten auf die Weberwiese ging – ich beobachtete ihn dabei, weil ich darüber zu schreiben hatte –, war nicht ein einziger Bewacher dabei. Der fuhr mit seiner Tochter und seinem Staatssekretär, dem berüchtigten Otto Winzer, morgens vor und hörte sich ein Konzert an. Da war nicht ein Posten da. Ein halbes Jahr später mußte er mit sechs oder acht Bullen kommen. Das war 1952, eine unglaubliche Stimmung. Ich rede jetzt ganz bewußt von der Berliner Bevölkerung in der sogenannten Hauptstadt der DDR.

Neun Jahre später, nach dem Mauerbau, als ich zum ersten Mal nach zwei Jahren Einzelhaft aus Mielkes Bunker in Hohenschönhausen in mein sogenanntes Privatleben heimkehrte, war die Stimmung in Ost-Berlin so, daß es zu einer Art passivem Widerstand beispielsweise im kulturellen Bereich kam. Die Theater wurden praktisch boykottiert. Klubs von Rentnern mußten in letzter Minute in das Deutsche Theater, in das besonders gepflegte und geliebte Hätschelkind des Regimes, geführt werden, wo noch nicht die heutigen Genossen arbeiteten. Später – Wolfgang Heinz aus Wien war gekommen – saßen da zwei Reihen Rentner – ich erinnere mich konkret: „Wallenstein“ von Schiller oder „Der Kirschgarten“ von Tschschow –, die wurden tatsächlich aus den Rentnerheimen geholt und reingefahren. Das war passiver Widerstand. Die Kneipen waren leer, die Berliner ohne Kneipen. Es war ganz eindeutig.

Wenn Sie mit Menschen sprachen: Der Mauerschock saß noch ein Jahr später

so tief, daß Menschen im Alter von 50, 60 Jahren geweint haben, verzweifelt waren, zusammengebrochen sind. Die Suizide wurden aus dem Statistischen Jahrbuch gestrichen, habe ich von einem Professor der Medizin, einem Freund von mir, erfahren. Das sollte man hier am Rande vielleicht doch mal zur Kenntnis geben, denn wir können ja nicht nur über die siebziger und achtziger Jahre sprechen. Das Dritte Reich hat zwölf Jahre und drei Monate gedauert, dieses Regime hat 45 Jahre gehaust. Man muß auch auf diese frühe Zeit mal abheben, alles andere wird dann viel verständlicher.

Was z. B. sehr typisch ist, was er sehr richtig sagte, ist dieser Generationssprung, daß er 1952 geboren ist, und das erste Kindheitserlebnis ist der Mauerbau. Aber wir stehen noch unter einem ganz anderen Trauma, nämlich dem Trauma des Stalinismus in seiner realen Form, als der große Stalin noch an jeder Säule, in jedem Hausflur, in jedem Museum und in jeder Schulklasse hing, der große geliebte Führer, wie Honecker sich ausdrückte. Entsetzlich: „Lang lebe der weise, der geliebte Führer, der Vater der Werktätigen!“ So wurde es formuliert.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Dies paßt mir ganz gut als Übergang, denn in den Siebzigern gab es ein großes Ereignis, das für den Bruch mit dem Realsozialismus nach meinem Empfinden von überhaupt nicht zu überschätzender Bedeutung ist, nämlich Solschenizyns „GULag“. In Solshenizyns „GULag“ steht in der Einleitung, woran es liegt, daß wir uns vor allen Dingen mit den Intellektuellen beschäftigen. Solshenizyn schreibt, die Bauern und die Arbeiter, die verfassen halt keine Bücher und hinterlassen keine Spuren. Und das eigentümlich Interessante an diesen siebziger Jahren ist doch – die weltpolitische Situation war so wie hier schon beschrieben –: Da geht dieser Mann hin und bricht eines der zentralen Tabus des sowjetischen Imperiums und zeigt, worauf die Macht der Partei gegründet ist und war. Diese geschichtliche Tat fand überall im Westen ein ungeheures Echo, mit einer Ausnahme: Deutschland. In Deutschland war die Reaktion eher verhalten bis ablehnend, entsetzt. Es ist nicht so in unser geistiges Bewußtsein gedrungen, weil danach der hochverdiente Film aus Hollywood kam, „Holocaust“, und uns an das erinnerte, was die Nazis gemacht haben.

Richter wies vorhin darauf hin, daß man das Biermann-Konzert verschlungen hat. Ich darf darauf hinweisen, daß es der Westdeutsche Rundfunk war, der das ausgestrahlt hat, und daß sozusagen die DDR-Bevölkerung die westdeutschen Medien gebraucht hat, auch zur eigenen Verstärkung.

Ich bin hier in Jena, und ich denke natürlich vor allem an meinen Freund Jürgen Fuchs. Jürgen Fuchs war einer der wenigen, die von 1977 bis zum Ende versucht haben, von West-Berlin aus die Opposition zu unterstützen. Meine Frage an Herrn Knabe: Warum hatte er dabei so wenig Unterstützung?

Dr. Hubertus Knabe: Über diesen Aspekt der Unterstützung der Opposition aus der Bundesrepublik heraus haben wir heute abend eigentlich noch gar nicht

richtig gesprochen. Ich glaube auch, daß das ein ganz wichtiger Aspekt ist, vor allem in den achtziger Jahren natürlich, aber auch vorher, und zwar nicht nur in dem Sinne, daß man die theoretischen Debatten des Westens rezipiert, was Edelbert Richter angeführt hat, sondern ganz praktisch die Diskussionen, die Begegnungen, Rudi Dutschke und Havemann etwa oder auch Ihren Beitrag, Herr Wilke, durch die Veröffentlichung der Havemann-Biographie. Insgesamt hat es da in den Nischen des politischen Lebens einen sehr wichtigen Austausch, eine sehr wichtige Zusammenarbeit gegeben, die allerdings – das sehe ich ganz genauso – in der Bundesrepublik wenig Freunde fand. Wir kennen alle die Diskussionen um Jürgen Fuchs und den Schriftstellerverband beispielsweise. Ich glaube, daß wir damit zu einem Thema kommen, das man vielleicht mit „Vergangenheitsbewältigung West“ überschreiben müßte (Beifall), nämlich die Defizite zu nennen und sich auch selbstkritisch da mit einzuschließen, wie wir auf die Entwicklungen in der DDR und in den anderen sozialistischen Ländern reagiert haben.

Ich möchte ganz privat mal sagen, wie es mir damals ging, als Solshenizyns Buch erschien, daß das für uns nämlich ein außerordentlich problematisches Buch war. Wir haben damals in der Bundesrepublik in den Nachklängen der Studentenbewegung sehr kritisch darauf reagiert, sehr zurückhaltend, es im Grunde genommen nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Und das ist vielleicht das Schlimmste – nicht die Ablehnung, sondern daß wir uns gar nicht erst damit beschäftigt haben. Sie sagen völlig zu Recht, Herr Professor Wilke, daß Sie darüber diskutiert haben. Das glaube ich auch, aber das Milieu in der Bundesrepublik, das von der Studentenbewegung geprägt worden ist und von daher viele marxistische Affinitäten zeigte, hat dieses Buch nicht zur Kenntnis genommen und erst sehr viel später begonnen, Koestler zu lesen, Solshenizyn zu lesen und all die anderen Autoren, die man hier nennen müßte.

Sv. Martin-Michael Passauer: Ich will die Frage nach dem oppositionellen Verhalten innerhalb der Kirche nur noch mal verstärken. Das ist nach wie vor weder durch Definition noch durch Inhalt zutreffend beschrieben. Wir haben auf der einen Seite von Herrn Knabe dargestellt bekommen, wie sich innerhalb der Kirche ein politisches Bewußtsein gebildet hat. Auf der anderen Seite hat Herr Richter ein bißchen locker gesagt: „Wir paar Hanseln trauten uns schon gar nicht, von Opposition zu reden.“ Da klafft ein großes Mißverständnis. Ich will nur noch mal das Problem verstärken, daß wir hier noch nicht zu einer mich befriedigenden Interpretation des Phänomens „Opposition“ in der Kirche gekommen sind.

Das zweite: Wir werden im Zuge dieses Themenfeldes noch eine Anhörung zum Thema „Ausreiser“ haben. Mich befriedigt nicht die Antwort, Herr Eisenfeld, die Sie gegeben haben, das Wort von einer subtilen Diffamierung. Das möchte ich gerne differenziert haben oder hätte gerne noch mal nachgefragt. Ich will nur fürs Protokoll anmerken, daß ich damit nicht zufrieden bin.

Meine Frage richtet sich an Herrn Molt: Herr Molt, wenn ich mich richtig erinnere, war ich damals, ohne daß Sie es wußten, ein Fan von Ihnen. Ich habe in der Littenstraße, bei dem Prozeß gegen Sie, vor der Tür gestanden und kam nicht rein, weil die Staatssicherheit den ganzen Saal bereits besetzt hatte. Das, was Sie damals – Sie wurden bei uns als Marxisten gehandelt, die sich mit Brüsewitz identifizieren – getan haben, hat eine wesentlich größere Auswirkung auf das politische Bewußtsein unter uns gehabt, als Sie es vielleicht geahnt haben. Deshalb meine vielleicht ein bißchen leichtfüßige Frage an Sie: Wenn Sie so viel investiert haben, so viel Kraft, so viel inhaltliche Energie und so viel Überzeugung, warum sind Sie eigentlich nach der Inhaftierung in den Westen ausgereist? Die Frage könnte ich an viele andere auch stellen, aber wir fragen ja immer: Warum hat sich eigentlich eine Opposition nicht formiert, warum haben wir es nicht zustande gebracht, uns zu organisieren? Ein Grund ist auch, daß viele, die inhaftiert waren, ausgereist sind – im Gegensatz zu Frau Graul heute vormittag; sie hat die Frage nicht gestellt bekommen, warum sie hiergeblieben ist, nach dem, was sie erlebte.

Sind Sie irgendwann mutlos geworden und haben gedacht, daß es doch gar keinen Zweck hat, obwohl Sie vorher sehr viel investiert haben?

Rudi Molt: Die Frage kann ich relativ kurz beantworten. Ich wurde schon während der Untersuchungshaft durch die Staatssicherheit gefragt, ob ich in den Westen wolle. Das wurde ich nicht nur einmal gefragt, sondern vielleicht alle zwei Wochen, und die Untersuchungshaft dauerte sieben Monate. Ich habe stets gesagt: „Nein, ich möchte nicht in den Westen.“ Ich wurde dann auch von meinem Rechtsanwalt, den meine Eltern mir besorgt hatten, dem berühmt-berüchtigten Dr. Vogel, als erstes gefragt, ob ich in den Westen will. Meine Antwort war wieder nein. Daß ich dann doch in West-Berlin oder erst mal in Gießen gelandet bin, war offensichtlich eine Entscheidung, die von den Staatsorganen getroffen wurde, denn ich habe den größten Teil meiner Haftstrafe in Brandenburg abgesessen, und die meisten politischen Gefangenen, die dort saßen, wollten in den Westen. Es wurde schon immer darauf gewartet, wann der nächste Transport nach Karl-Marx-Stadt geht. Man wußte: Wer nach Karl-Marx-Stadt kommt, ist drei oder fünf Tage später in Westdeutschland.

Eines Tages wurde ich halt mit auf den Transport geschickt nach Karl-Marx-Stadt, ohne daß ich jemals zuvor einen Ausreiseantrag gestellt hatte.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Damit kommen wir zum Ende der zweiten Fragerunde dieses Tages. Ich danke allen, die hier mitgewirkt haben, Herrn Knabe als Referenten, der die Grundlage gelegt hat für diese Diskussion, und natürlich den Diskutanten.

(Unterbrechung von 18.25 bis 19.30 Uhr)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir führen unsere Sitzung mit dem Vortrag von Thomas Ammer zum Thema „Widerstand und Opposition in Jena“ fort,

und danach wird dann unser Kollege Gert Weisskirchen mit Zeitzeugen aus dieser Zeit über die Problematik ins Gespräch kommen.

Zunächst also Herr Ammer.

Thomas Ammer: Ich muß einige organisatorische Vorbemerkungen machen, damit das, was ich sage, verständlicher wird.

Ad eins: Ich bin Mitarbeiter des Sekretariats dieser Enquete-Kommission und nicht Berichterstatter für die Gruppe 6. Das ist in der „Thüringer Landeszeitung“ von heute falsch wiedergegeben.

Ad zwei: Die Textfassung, die draußen verteilt wird, entspricht nicht genau dem, was ich hier vortrage. Da ist zum Teil mehr enthalten, zum Teil weniger. Es ist also keine wörtliche Wiedergabe.

Eine weitere Vorbemerkung: Es möge mir bitte nachgesehen werden, daß ich die sehr vielfältige Opposition, den sehr vielfältigen Widerstand in Jena nun nicht detailliert darstelle, so daß sich vielleicht nicht jeder, der von den hier in diesem Raum Anwesenden daran beteiligt war, darin wiederfindet. Vollständigkeit ist auf Grund der Masse des Materials gar nicht möglich. Ich habe festgestellt, daß man schon, wenn man über Opposition und Widerstand nur in einer solchen Stadt schreiben will, einen Wissenschaftler mehrere Jahre damit beschäftigen kann.

Schließlich noch eine letzte Vorbemerkung: Ich bitte es mir nachzusehen, wenn ich nicht ganz davon abstrahieren kann, daß ich einen Teil der Vorgänge, über die ich hier spreche, selbst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre miterlebt habe, mich also auch gelegentlich in die Rolle des Zeitzeugen hineinbegeben werde.

Die eigentlichen Ausführungen zur Sache möchte ich mit einer kurzen Kommentierung zu einer Vorlesung von Wolf Biermann einleiten, die er vor genau einem Monat hier an der Universität gehalten hat. Da liest man in dem Text, der in der „Zeit“ vom 3. März veröffentlicht worden ist, ein sehr freundliches Urteil über Jena, „daß es hier in Jena die einzige stabile Opposition in der DDR-Provinz“ gab. So angenehm sich dieses Urteil für Jenenser anhören mag – das Wort „einzige“ trifft natürlich nicht zu; das muß man auch in aller Offenheit sagen. Es gab andere Städte, in denen das ähnlich gelaufen ist – Leipzig, Dresden, Rostock –, und es gab Kleinstädte, in denen über kurze Zeiträume sehr viel geschehen ist und in denen große Widerstandsgruppen über einige Monate, manchmal auch einige Jahre existierten, die dann in sehr tragischer Weise in den fünfziger Jahren zugrunde gingen, zum Teil auch durch Todesurteil, wie wir es heute vormittag schon gehört haben.

Es gibt noch ein zweites, weniger freundliches Urteil in dieser Vorlesung Biermanns, dem ich hier widersprechen möchte, obwohl es nicht speziell auf Jena bezogen ist. Ich will das einmal zitieren, weil man dagegen etwas